

Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.

Verein zur Entwicklung der Elbinseln im Herzen Hamburgs



PRESSEMITTEILUNG 8.10.09.

Senatorin Hajduk nicht fähig zur Bürgerbeteiligung

"Am 15. Juni 2009 ist der von Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk angekündigte Beteiligungsprozess zu den aktuellen Verkehrsprojekten im Hamburger Süden mit verschiedenen Beteiligungs-Bausteinen gestartet." (BSU Seite).

Mit der heutigen Finanzierungsvereinbarung zur Wilhelmsburger Reichsstraße zwischen der Senatorin und dem nur noch schwebend im Amt befindlichen Bundesverkehrsministerium macht die Senatorin die von ihr großartig verkündete Beteiligung zur Farce.

Noch am Montag dieser Woche haben die Vertreter der Behörden, der Initiativen und der Politik miteinander um die besten Lösungen gerungen. Drei Tage später erklärt die Senatorin, die wohlweislich am Montag fehlte und keinen Vertreter der politischen Spitze der Behörde entsandt hatte, die Sache für faktisch entschieden.

Offenbar haben sie die Einwände gegen eine neue autobahngleiche Straße mitten durch Wilhelmsburg nicht interessiert, die eine Vielzahl von unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Aktionen, Demonstrationen und Stellungnahmen ausgedrückt haben. Mit der unrealistischen Behauptung, man könne bis zur IGS die Wilhelmsburger Reichsstraße durch eine neue Straße ersetzen, versucht sie noch schnelleren und noch mehr Straßenverkehr dicht an den Wohnungen der Wilhelmsburgerinnen durchzusetzen.

Sie wartet nicht einmal die von der Behörde selbst für teures Geld in Auftrag gegebenen Untersuchungen über die verkehrlichen Folgen einer Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße ab.

Die Fragestellung war da: "Abschätzung der verkehrlichen Auswirkungen bei einer Verlegung der B4 / B75 im Raum Wilhelmsburg": So wird beispielsweise durch die geplante Anschlussstelle Rotenhäuser Straße der überwiegende Teil des Zu- und Abfahrtverkehrs unmittelbar den Schulen und Altersheimen (Rotenhäuser Straße, Dratelnstraße) vorbeigeführt.

Der massive Ausbau der Straße bei gleichzeitiger Verlegung in die Nähe der Wohngebiete wird dazu führen, dass ganze Siedlungen an Wert verlieren und damit zugleich Wilhelmsburg an Anziehungskraft für neue Bewohnerinnen und Bewohner.

Jetzt werden manche resignieren. Viele aber werden sich noch unüberhörbarer und unübersehbarer zu Wort melden. Die Bürgerschaftsabgeordneten sollten genau hinhören, bevor sie entscheiden, ob die von der Senatorin angekündigte Eigenbeteiligung Hamburgs in Höhe von mehr als 10 Mio. für ein Projekt gegen die betroffenen Bürger ausgegeben werden oder für wirkliche Verbesserungen und Lärmschutz an den bestehenden Bahn- und Straßentrassen.